

Rede der Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel MdB, anlässlich der 42. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 10. – 11. Juni 2005 in Heidelberg

- redigierte Bandabschrift -

„Zukunft für Deutschland in christdemokratischer Perspektive“

Lieber Thomas Rachel,
liebe Freunde des EAK,
liebe Kollegen aus dem Deutschen Bundestag,
liebe Teilnehmer der EAK-Bundestagung und vor allem liebe Gäste hier in der Kongresshalle in Heidelberg,

es ist ein schönes Gefühl, so freundschaftlich von Ihnen empfangen zu werden. Ich freue mich, dass es sich inzwischen zu einer guten Tradition entwickelt hat, dass ich an der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU teilnehme und meinen Beitrag zu Ihrer Tagung leisten kann.

Diesmal möchte ich natürlich zuerst Thomas Rachel und allen gewählten Vorstandsmitgliedern ganz herzlich gratulieren. Auf weitere gute Zusammenarbeit und auf eine tatkräftige Arbeit des EAK im Sinne der christlichen Werte, im Sinne aber auch der Gemeinsamkeit von CDU und CSU!

Denn, liebe Freunde, liebe Gäste, die Tatsache, dass wir von den Menschen im Lande so wahrgenommen werden, wie es momentan der Fall ist, hängt auch damit zusammen, dass CDU und CSU die inhaltlichen und personellen Entscheidungen der letzten Zeit gemeinsam gefällt haben. Diese Gemeinsamkeit werden wir durch den Wahlkampf hindurch - so er dann kommt – beibehalten, um den Menschen zu zeigen, dass die Union die Kraft ist, die Deutschland aus einer schwierigen Situation herausführen kann. Die Union ist die Kraft, die den Menschen Halt gibt und an die Wurzeln unseres Lebens erinnert, wenn es darum geht, das 21. Jahrhundert gestalten zu wollen. Deshalb bitte ich auch weiterhin um Ihre Unterstützung – um die Unterstützung des Evangelischen Arbeitskreises. Auch in Zukunft ist Ihre Arbeit unerlässlich.

Wir begehen in diesem Jahr viele Gedenktage. Der 8. Mai als 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges ist nur einer davon. In der kommenden Woche werden wir 60 Jahre Christlich Demokratische Union feiern. Wenn wir uns an die CDU erinnern, dann stellen wir fest: Die CDU ist eine zutiefst föderale Partei, eine Partei, die an vielen Orten entstanden ist. Eine Partei, die ihre Bundesgründung erst 1950 hatte. So wird dieses Gedenken an den 60. Jahrestag ein Gedenken an die Gründung der CDU in Berlin sein. Das geschah im Juni 1945, im Theater am Schiffbauerdamm. Diesem Beispiel folgten weitere Gründungen an vielen anderen Orten Deutschlands. In Berlin, im Theater am Schiffbauerdamm, wollen wir uns am 16. Juni daran erinnern, was diese Partei - und das gilt in gleicher Weise auch für die CSU - was unsere Parteien zu dem Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben.

Wir wissen ja: Bevor wir über die Zukunft unseres Landes sprechen, müssen wir uns erst einmal der Vergangenheit vergewissern. 60 Jahre CDU, das sind 60 Jahre Brückenbau. Die Christlich Demokratische Union hat ihren Gründungsimpuls aus den Lehren der Geschichte gezogen. Wir müssen auch heute um der Werte der Freiheit und der Demokratie willen immer wieder Brücken in unserer Gesellschaft bauen, damit diese Gesellschaft keine Irrwege geht. Eine solche Brücke war das große Bekenntnis, dass sich Christen katholischen und evangelischen Glaubens auf den Weg gemacht und in einer gemeinsamen Partei zusammengefunden haben.

Die Gründung des Evangelischen Arbeitskreises war auch eine Antwort darauf, dass es gelungen war, die Brücke zwischen den Konfessionen innerhalb der Partei zu bauen. Dass evangelische und katholische Christen einen gemeinsamen Weg gehen, steht heute außer Frage. Inzwischen stehen wir vielmehr vor dem Problem, wie wir auf die Menschen zugehen, die gar keinen Zugang mehr zum christlichen Glauben haben.

Sie, liebe Freunde, haben auf Ihrer Tagung hier darüber gesprochen, was unsere Gesellschaft zusammenhält - ‚Multikulti‘ oder ‚Leitkultur‘, was brauchen wir? – das ist das Thema, das Sie sich gestellt haben. Ich denke, wir sind uns einig, dass unsere Demokratie, unsere Bundesrepublik Deutschland, genauso wie die politischen Ordnungen anderer europäischer Länder, ohne die Wurzel des christlichen Glaubens, ohne die Aufklärung, ohne das christlich-jüdische Erbe nicht denkbar sind. Das werden wir weiterhin zum Ausdruck bringen.

Deshalb werden wir natürlich überhaupt gar keinen Gedanken daran verschwenden, das „C“ in unserem Namen zu streichen. Im Gegenteil: Ich bin der Meinung, das „C“ in unserem Namen wird noch wichtiger. Vielleicht muss es aber anders erläutert werden. Vielleicht muss wieder mehr darüber gesprochen werden. Dieses „C“, das Christliche also, ist auch nie im Sinne einer Abschottung verstanden gewesen, sondern es ist immer eine Einladung gewesen. Die Statik, das Fundament unserer Gesellschaft und der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union, ist für mich ohne die christliche Botschaft nicht denkbar.

Ich sage das in einer Zeit, in der Deutschland vor außerordentlich großen Herausforderungen steht. Es ist die Herausforderung, die Zukunft für die Menschen so zu gestalten, dass wir das, was wir in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland den Menschen versprechen konnten, auch in Zukunft wieder halten können. Natürlich war eine der Erfolgsgeschichten, die sich aus dem christlichen Menschenbild heraus entwickelt hat, die Soziale Marktwirtschaft, das ist überhaupt keine Frage. Denn die Soziale Marktwirtschaft geht von einem Menschenverständnis aus, das Freiheit und Verantwortung in den Mittelpunkt stellt. Ohne dieses Verständnis vom Menschen ist die Soziale Marktwirtschaft nicht denkbar. Ich sage das deshalb, weil wir nach den Jahrzehnten, die seit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft ins Land gegangen sind, meiner Ansicht nach darüber wieder grundsätzlich sprechen müssen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der möglicherweise bevorstehende Wahlkampf sich eigentlich auf einige wenige Grundfragen konzentrieren wird, nämlich die Fragen: Wie sehe ich den einzelnen Menschen? Was traue ich ihm zu? Wie viel Verantwortung möchte ich ihm zugestehen? Gehöre ich zu denen, die den Menschen im Grunde genommen misstrauen? Manche Politiker glauben zu wissen, was zu tun ist, und denken sich immer wieder Vorschriften aus, um anderen damit ein vermeintlich gutes Leben zu ermöglichen. Ob ich Vertrauen in die Menschen habe oder ihnen gegenüber Misstrauen hege, das ist die entscheidende Frage. Die Soziale Marktwirtschaft – das, was Ludwig Erhard und Konrad Adenauer ins Werk gesetzt haben und wofür viele andere wie Jakob Kaiser gekämpft haben –, war immer eine Politik, die den Menschen aus dem christlichen Verständnis des Menschen heraus vertraut hat. Meine Damen und Herren, daran müssen wir anknüpfen, alles andere führt in die Irre.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle Ludwig Erhard zitieren, damit wir uns daran erinnern, wie damals gesprochen wurde: „Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf die Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist. Wenn dagegen die Bemühungen der Sozialpolitiker darauf abzielen, dem Menschen schon von der ersten Stunde seiner Geburt an volle Sicherheit gegen alle Widrigkeiten des Lebens zu gewährleisten (...), dann kann man von solchen Menschen einfach nicht mehr verlangen, dass sie das Maß an Kraft, Leistung, Initiative und anderen besten menschlichen Werten entfalten, das für das Leben und die Zukunft der Nation schicksalhaft ist (...).“

Meine Damen und Herren, das mag sich heutzutage in den Ohren mancher hartherzig anhören. Aber es führt genau zum Kern unserer Aufgaben: nämlich ob wir grundsätzliches Vertrauen in die Fähigkeiten der Menschen haben oder nicht. Das hat nichts damit zu tun, dass man nicht denen hilft, die Hilfe brauchen, weil sie mit ihrer eigenen Anstrengung nicht so vorankommen, wie das andere schaffen. Andererseits sage ich auch, dass wir von jedem den Beitrag erwarten, den zu leisten er in der Lage ist. Auch das ist eine zutiefst christliche Botschaft, besonders auch für mich als Protestantin.

Die Bibel sagt uns nicht: Fügt euch ein oder seid tatenlos. Die Bibel sagt uns ganz klar: Macht euch die Erde untertan, also tut etwas, geht in das Leben hinaus, denn euer Werk besteht darin, dass ihr euch engagiert. Dass wir Menschen uns einmischen, ist nicht nur ein freiheitlicher Akt, der Wettbewerb als negative Größe hervorruft. Indem wir uns am Markt beteiligen, indem wir beispielsweise ein Produkt anbieten, machen wir vielmehr anderen Menschen ein Angebot, setzen uns gleichzeitig aber auch dem Wettbewerb mit anderen aus. Das heißt: Die Freiheit, die jeder nutzen kann, ist niemals eine Freiheit *von* etwas, sondern unser Verständnis ist, dass wir eine Freiheit *zu* etwas haben. Es ist eine Freiheit, sich mit anderen Menschen auf ein Geschehen einzulassen und darin den anderen zu achten wie sich selbst. Das verlangt von uns die Akzeptanz der Würde jedes Menschen. Und es ist eine sehr optimistische Position. Denn jeder hat seine Aufgabe und ist niemals nur Objekt, sondern als handelnder Mensch Subjekt. Das ist unser Bild vom Menschen, nach dem wir unser Leben gestalten wollen.

Als gesellschaftliche Kräfte sind wir dazu aufgefordert, über unser Bild vom Menschen zu sprechen. Was heißt das für uns im 21. Jahrhundert? Wir befinden uns in einer komplizierten Welt. Das ist nicht zu leugnen. Unsere Welt ist deshalb kompliziert, weil plötzlich die Freiheit nicht nur in Westeuropa und in Amerika gesiegt hat, sondern sich die Freiheit über die Welt hinaus ausbreitet. Eigentlich ist das eine sehr erfreuliche Tatsache, denn wir haben unser christliches Menschenbild natürlich nicht für uns gepachtet, sondern unser christliches Menschenbild sagt auch, dass wir allen Menschen auf dieser Welt wünschen, in Freiheit und in Würde leben zu können. Wenn das immer mehr Menschen können - in China, in Indien, in anderen Teilen der Welt, oft noch sehr bedingt, aber mehr als früher - dann dürfen wir uns nicht anschließend beklagen, dass die Umstände, unter denen wir unseren Wohlstand verteidigen wollen, komplizierter geworden sind. Vielmehr müssen wir uns fragen, wie wir das, was wir können, in diesen Wettbewerb einbringen und für unser Land das Beste daraus machen können. Abschottung wäre die unchristlichste Antwort, die wir finden könnten, um dem Wettbewerb auf der Welt zu begegnen.

An dieser Stelle möchte ich an eine ganz wunderbare Geschichte anknüpfen. Wenn wir uns die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland anschauen, dann können wir mit Stolz sagen, dass sie eine Erfolgsgeschichte ist – die Erfolgsgeschichte einer der sozial gerechtesten Ordnungen.

Es ist wichtig, dass Politik zunächst einmal sagt: Wir wollen den fairen Wettbewerb mit allen. Ich sage aber als deutsche Politikerin gemeinsam mit meinen Kollegen im Deutschen Bundestag und in den Landtagen: Wir sind in Deutschland gewählt und unser Auftrag ist nicht zuzuschauen, wie andere es besser machen als wir. Unser Auftrag heißt, für Deutschland zu sorgen, dass wir es möglichst gut machen, denn unser Wählerauftrag kommt von den Menschen in unserem Land. Es ist der Auftrag, aktiv zu werden und nicht nur zuzuschauen. In diesem Zusammenhang heißt Globalisierung nichts Anderes, als im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft Wohlstand zu erhalten und weiterzuentwickeln, oftmals unter offeneren und härteren Wettbewerbsbedingungen. Ernsthafterweise können wir nicht um die billigsten Löhne auf der Welt mit wetteifern. Das werden wir nicht schaffen, gar keine Frage, und das wollen wir auch nicht. In diesem Zusammenhang hat unser Bundespräsident einen Satz gesagt, den ich für einen Schlüsselsatz halte. Wir müssen soviel besser sein, wie wir teurer sind. Wir sind teurer, also müssen wir soviel besser sein, wie wir teurer sind.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass es Menschen gibt, die sagen: Das schaffen wir nicht mehr. Das ist eine Meinung, die ich in keiner Weise teile. Wenn wir uns auf diesen Gedankengang einlassen, dann resignieren wir. Dafür gibt es jedoch nicht den geringsten Grund, wenn wir uns nur einmal anschauen, was wir in Deutschland schon geleistet haben. Aber es gibt Gründe zu fragen, ob wir unsere Stärken überhaupt noch zur Geltung kommen lassen oder ob wir uns manchmal nicht selber Fesseln anlegen.

Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang den Bildungsbereich näher betrachten. Hier stellt sich zunächst die Frage, was wir denn eigentlich den Kindern in unserem Lande mit auf den Weg geben. Da sind mir zwei Dinge wichtig: Wenn Kinder gefestigt mit einem klaren Wertefundament ihr Leben gestalten sollen, dann ist es zum Einen die Aufgabe der Bildung, nicht nur Fakten, sondern auch Werte zu vermitteln. Diese kann man nicht neutral vermitteln, sondern sie müssen aus einer Überzeugung, aus dem Glauben heraus, vermittelt werden. Deshalb treten wir für ein klares Bekenntnis zum Religionsunterricht ein, weil das der Weg ist, Werte und Überzeugungen zu vermitteln. Wer den Religionsunterricht an den Rand verbannt und sagt, dieser könne durch einen neutralen Werteunterricht ersetzt werden, der stellt die Dinge auf den Kopf, so wie es jetzt ja in Berlin geschehen ist. Und da, wo Dinge nicht mehr auf den Füßen stehen, sondern mutwillig auf den Kopf gestellt werden, ist ein klares Wort notwendig.

Ich bin den Kirchen in Berlin und den Kirchen in Deutschland außerordentlich dankbar, dass sie mit einer sehr klaren Haltung an dieser Stelle sagen, dass es sich um eine falsche Weichenstellung handelt, die in die Irre führt. Die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union unterstützen genau diesen Weg der Kirchen. Wir müssen hier auch in eine Diskussion mit der Bevölkerung treten, weil viele gar nicht mehr wissen, warum wir uns für den Religionsunterricht einsetzen. Dann muss es eben erklärt werden, so wie in den Anfangsjahren dieser Bundesrepublik Deutschland. Es gehört zu den Grundweichenstellungen unserer Gesellschaft, ob wir dazu stehen oder ob wir das alles relativieren.

Darüber hinaus gibt es einen zweiten Aspekt. In unserem Bildungssystem muss es ein Bekenntnis zur Leistung geben. Ein Bildungssystem muss - dazu verpflichtet uns das christliche Menschenbild - von der Verschiedenheit der Menschen ausgehen: Der eine rechnet

gern, der andere schreibt gern, der Dritte turnt gern und der Vierte kann besser mit den Händen arbeiten. Diese Fähigkeiten zu fördern und zu entwickeln und sich nicht in Beliebigkeiten zu verlieren, ist die dringlichste Aufgabe von Bildung. Stärken fördern, Schwächen ausgleichen: Weil die Menschen unterschiedlich sind, muss das in einem gegliederten Bildungssystem stattfinden.

Es ist ein Glücksfall, dass wir die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gewonnen haben. Für die Schüler dort ist es ein besonderer Glücksfall. Denn die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hatte doch tatsächlich am Anfang des 21. Jahrhunderts den Gedanken, in den Klassen fünf bis acht den Naturwissenschaftsunterricht statt der Fächer Biologie, Physik und Chemie einzuführen. Ich denke, dass man den Kindern durchaus möglichst früh sagen kann, dass die Welt recht kompliziert ist. Derjenige, der sich beim Verstehen der Schwerkraft ein bisschen schwer tut, darf nicht als Ausgleich einfach drei Blumennamen auswendig lernen, und dann ist er genauso gut. Diese Illusion kann man bis zur 9. Klasse gut aufrecht erhalten, aber irgendwann kommen alle diese jungen Menschen in die weite Welt hinaus und müssen erkennen, dass woanders auf der Welt hart trainiert und gelernt wird und dass Physik, Chemie und Biologie da schon in der 5. Klasse gelernt werden.

Ich sage ganz deutlich - und im Grunde wissen es doch alle - unsere Ausbildungszeiten sind zu lang. Und hätte es die Deutsche Einheit nicht gegeben, würden wir wahrscheinlich heute noch nicht die Diskussion führen, die Abiturprüfung am Ende der 12. Klasse einzuführen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir keine Zeit mehr verlieren. Mich freut, dass die CDU in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Auch dass Bayern mitgezogen ist, freut mich. Ich hoffe, dass wir bald überall das Abitur nach zwölf Schuljahren haben werden.

Weiter geht es dann an den Universitäten: Wir haben ein effizientes duales Berufsausbildungssystem. Aber um das zu erhalten, müssen wir auch viel tun. Karl-Josef Laumann hat uns in den letzten Wochen immer wieder gesagt: Nur noch jeder zweite Jugendliche hat wirklich einen Ausbildungsplatz im dualen System, das heißt eine klassische betriebliche Ausbildung. Jeder zweite Jugendliche kommt inzwischen schon durch staatliche Maßnahmen zu seiner Berufsausbildung. Deshalb ist es so wichtig, dass es gerade denen gut geht, die die Ausbildungsplätze bereitstellen. Das ist der Mittelstand in Deutschland.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass der Mittelstand nicht durch immer neue Richtlinien und Vorschriften belastet wird.

Nun zu einem Thema, das schon im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen eine Rolle gespielt hat und auch im kommenden Wahlkampf eine Rolle spielen wird. Es ist das Thema Studiengebühren. Ich freue mich sehr, dass der RCDS sich diesem Thema in den letzten Jahren intensiv gewidmet hat. Ich bin der Überzeugung, dass sich unsere Universitäten in Zukunft ihre Studenten selbst aussuchen sollten. Derzeit ist dies bei der Hälfte der Studenten der Fall, die andere Hälfte sollte in einigen Jahren folgen. Ferner geht es um die Frage: Wie wollen wir studieren und wie können wir Leistungsanreize schaffen? Wenn beispielsweise 500 Euro pro Semester an Studiengebühren erhoben werden, müssen die Studenten das auch qualitativ erfahren. Deshalb muss das Geld an der Universität bleiben und für die Verbesserung der Lehre verwendet werden. Ein anderer Teil sollte in Leistungsstipendien fließen, sodass die, die gut lernen, die sich anstrengen, dann auch etwas davon haben.

Meine Damen und Herren, dabei ist wichtig zu beachten: Wenn jemand heute zehn Semester studiert und pro Semester 500 Euro bezahlt, dann sind das insgesamt 5.000 Euro, die als Darlehen zu bekommen sind, das später wieder zurückgezahlt werden kann, wenn der Betroffene einen Beruf hat. Wenn man sich anstrengt, kann durch Leistungsstipendien ein Teil davon sogar erstattet werden. Wer hierzu sagt, das sei das Ende der sozialen Gerechtigkeit, der hat nicht verstanden, wie die Zustände anderswo auf der Welt sind. Ich wünsche mir, wir hätten wieder mehr deutsche Universitäten, die im Ausland so bekannt sind, dass auch ausländische Studenten zu uns zum Studieren kommen möchten. Warum sollen wir eigentlich schlechter sein als die Briten oder die Amerikaner? Deutschland war immer ein Ort der Geisteswissenschaften, der Naturwissenschaften und das muss heute wieder ein Markenzeichen von uns werden. Dafür lohnt es sich, sich anzustrengen. Dass man in Deutschland unbeschadet 14, 15, 16 oder gar 17 Semester studieren kann und der Facharbeiter und die Krankenschwester mit ihren Steuern das alles finanzieren, ist ein unhaltbarer Zustand.

Ich sagte es, die Ausgangsvoraussetzung war: Wir müssen so viel besser sein, wie wir teurer sind. Also müssen wir möglichst viele Dinge können, die andere auf der Welt nicht können. So haben wir beispielsweise das erste Auto erfunden. Gestern habe ich unweit

hier von Heidelberg die Firma SAP besucht. Meine Damen und Herren, in den 40er Jahren hat Konrad Zuse in Deutschland den ersten elektronischen Computer konstruiert. Und was haben wir heute noch von der Wertschöpfung des Computers bei uns im Lande? Wir bauen keine Computer mehr, in fast ganz Europa wird kein Computer mehr gebaut. In Dresden in Sachsen haben wir einen Standort für die Chipproduktion, was aber leider eine große Ausnahmeerscheinung ist. Glücklicherweise gibt es mit SAP einen wirklich großen Softwarehersteller, der weltweit akzeptiert ist. Aber dieser eine Hersteller macht schon 80 Prozent des Exports von Software aus Deutschland aus. Daran kann man sehen, dass dieser eine Hersteller eine fast monopolartige Position einnimmt.

Man muss nur einmal den Blick nach Amerika wenden, um zu sehen, wie viele Arbeitsplätze dort entstanden sind, von Google über Microsoft bis zu den Chipherstellern, den Hardwareherstellern, ich könnte jetzt viele Namen nennen. Hinter all diesen Namen verbirgt sich keine gefährliche Technologie, sondern eine Technologie, die in der Entwicklung der Welt Marken setzt. Wir müssen daran arbeiten, dass wir in möglichst vielen Bereichen wieder an diese Markensetzung herankommen. Bei der Autoherstellung setzen wir zum Beispiel die Marken in der Welt. Wenn wir aber nur *ein* solches Fachgebiet haben und auf anderen Gebieten andere Nationen immer mehr Marktanteile gewinnen, dann dürfen wir uns nicht wundern, dass es zum Schluss mit unserem Wohlstand nicht vorangeht.

Deshalb, meine Damen und Herren, besteht dringender Handlungsbedarf. Das gilt für die Diskussion um die Geisteswissenschaftler wie um die der Naturwissenschaftler. Ich halte es für sehr bedauerlich, dass es über Jahrzehnte hinweg leider viel Trennendes gab zwischen Geistes- und Naturwissenschaftlern. Der Naturwissenschaftler muss lernen, dass naturwissenschaftliche Entwicklungen einer geistigen und ethischen Basis bedürfen. Andererseits muss der Geisteswissenschaftler bereit sein, nicht vorrangig das Risiko in einer bestimmten Neuerung zu sehen, sondern in einem ausgewogenen Maße auch die Chance. Nur so können wir wieder eine Mentalität in unserem Lande bekommen, mit der Innovation begrüßt, ersehnt und erarbeitet wird.

Diesen Mentalitätswandel brauchen wir, damit wir wieder vorankommen, meine Damen und Herren. Das heißt eben nicht – und das sage ich ausdrücklich, weil darüber dann auch eine Diskussion geführt werden muss –, dass wir diese Erneuerung und Innovationen ohne jede Maßstäbe vorantreiben. Jede technische Entwicklung braucht Maßstäbe. Das betrifft

z. B. den Anfang des Lebens und hat mit der Würde des Lebens zu tun. Deshalb ist nicht alles richtig, was möglich ist. Deshalb darf nicht alles gemacht werden, was wir eigentlich könnten, sondern hier heißt es wieder, von den eigenen Wurzeln her Maßstäbe zu setzen. Das gilt zum Beispiel für die embryonale Stammzellenforschung, das gilt für das Ende des Lebens, für die Frage von Organspenden, für die nach Patientenverfügungen und vielem anderen mehr.

Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Thomas Rachel, ist wie kaum ein anderer gerade in diese Diskussionen in besonderem Maße eingebunden. Solche Entscheidungen dürfen wir uns nie leicht machen und solche Entscheidungen müssen wir immer aus unserem Verständnis des Menschen heraus fällen. Da gibt es Grenzen, da gibt es Dinge, bei denen wir deutlichen machen, das machen wir nicht mit. Eine solche Diskussion ist dringend notwendig, weil die Menschen sich sonst heimatlos fühlen. So werden Innovation und Halt immer ein Spannungsfeld sein. Aber es darf niemals dahinkommen, dass wir nur noch das, was wir haben, halten und für das Neue nicht offen sind. Vielmehr müssen wir offen sein für Neues und uns der geistigen Spannung aussetzen, was wollen und wie wir etwas wollen. Das, meine Damen und Herren, ist notwendig, um unser Land voranzubringen.

Hier beim Evangelischen Arbeitskreis ist heute nicht der Ort, alle Facetten des Arbeitsrechts, der sozialen Sicherungssysteme oder des Steuerrechts zu beleuchten. Aber wir werden in unserem Wahlprogramm ganz deutlich sagen, dass jede Entscheidung, die wir fällen, eine Entscheidung ist, die sich aus unserem Verständnis des Menschen und aus unseren Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit speist. Die Politik ist auch heute unter anderem so in Verruf geraten, weil es den Anschein hat, als würde sie sich nur punktuell mal hier und mal dort für die Belange der Menschen einsetzen. Deshalb hat es auch keinen Sinn – darauf werde ich im Wahlkampf großen Wert legen – dass wir uns auf Stückwerk einlassen: Hier mal über den Sonntagszuschlag zu debattieren, dort mal über den Feiertagszuschlag, über die Windenergie und dann mal wieder über etwas anderes. Wir müssen uns vielmehr die grundsätzlichen Fragen stellen: Wollen wir wieder ein einfacheres Steuersystem oder glauben wir, dass mit noch mehr Ausnahmeregelungen die Akzeptanz dieses Steuersystems größer wird?

CDU und CSU haben diese Frage beantwortet. Wir glauben, dass die Menschen einem gerechten Staat eher vertrauen, wenn es keine Ausnahmen gibt, dafür aber Transparenz und ein überschaubares Steuersystem. Bei diesem Steuersystem muss jeder, der etwas verdient, am Ende auch Steuern zahlen. Es darf nicht sein, dass der, der besonders viel verdient und besonders viel Ausnahmetatbestände sichtbar machen kann, zum Schluss fast nichts zahlt.

Wir werden auch die Frage zu entscheiden haben, ob es im Sinne von Ludwig Erhard richtig ist, eine Bürgerzwangsversicherung bei der Gesundheit einzuführen. Das heißt, dass auch diejenigen, die selbst für ihre Risiken Sorge tragen können – deren Verdienst oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegt, die heute privat versichert oder selbständig sind – auch noch in die kollektiven Sicherungssysteme gezwungen werden. Ist es nicht viel vernünftiger, im internationalen Vergleich die Lohnzusatzkosten von den Arbeitslöhnen zu entkoppeln und damit mehr über die Solidargemeinschaft zu finanzieren? Das heißt zum Beispiel, die Gesundheitskosten für Kinder nicht nur von den gesetzlich Krankenversicherten mit Einkommen bis 3.500 Euro bezahlen zu lassen, sondern für die Gesundheit der Kinder alle heranzuziehen. Diejenigen, die mehr als 3.500 Euro verdienen, stehen dabei aus meiner Sicht noch mehr in der Pflicht als diejenigen, die weniger als 3.500 Euro verdienen.

Wir werden angesichts der Situation, die wir derzeit in Europa haben, auch eine Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union führen müssen. Wir brauchen Europa als Friedensgemeinschaft. Wir leben heute ganz selbstverständlich in einem friedlichen Europa. Das war nicht immer so. Mit so einem hohen Gut darf man nicht spielen.

Dass wir heute zum Beispiel den Euro haben, verdanken wir einer langen Geschichte, deren Anfang bis zur Gründung von CDU und CSU zurückreicht. Es war eine der ganz großen Visionen zu glauben, dass Völker, die die gleiche Währung haben, nie wieder Krieg gegeneinander führen werden. Heute sind wir bereits einen Schritt weiter. Die Europäische Union ist innerhalb der globalisierten Welt ein einheitlicher Wirtschaftsraum, ein Binnenmarkt. Ein solch großer Wirtschaftsraum mit 440 Millionen Menschen hat natürlich im internationalen Wettbewerb ganz andere Möglichkeiten etwa gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, gegenüber Indien oder gegenüber China. Deutschland mit über 80 Millionen Einwohnern, Frankreich mit 50 Millionen und Polen mit 30 Millionen - kein Land könnte dem Wettbewerbsdruck allein standhalten.

Unerlässlich ist es auch, europäische Interessen in der Außenpolitik und in der Sicherheitspolitik zu bündeln und gemeinsame Anliegen festzulegen. Erst kürzlich ist eine Vereinbarung mit China getroffen worden, die Textiltransporte bis zum Jahr 2008 zu kontingieren, damit sich unsere Industrie auf den neuen Wettbewerb einstellen kann. Darüber könnten wir ohne die Europäische Union gar nicht selbständig verhandeln, dazu wäre Deutschland alleine nicht in der Lage.

Aber, meine Damen und Herren, deshalb darf Europa sich nicht um alles und jeden kümmern. Die Frage nach den Kompetenzen der einzelnen Ebene, die wir in Deutschland stellen – also was die Kommune, was das Land und was die Bundesregierung leisten müssen –, muss auch in Europa gestellt werden. Welche Aufgaben gehören nach Europa und welche nicht? Zahlreiche Menschen haben zurzeit den Eindruck, dass viele Aufgaben von Europa wahrgenommen werden, die eigentlich gar nicht dorthin gehören. Und ich verstehe die Menschen. Ich bin der Überzeugung, dass zum Beispiel die Frage, wie viele Sonnenschirme in welchem Biergarten stehen müssen, keine Regelung ist, die von der EU getroffen werden muss. Dazu gibt es aber leider eine Richtlinie, die eher jemand im Süden Europas erfunden haben muss. Weil dort so oft die Sonne scheint und die Kellner keine Sonnenbrände bekommen sollen, wird sich jemand gedacht haben, dass man eine bestimmte Anzahl an Sonnenschirmen benötigt, um dies zu verhindern. Wenn Sie nun aber im Norden leben, zum Beispiel bei mir im Wahlkreis auf Rügen, wo die Sonne nur zehnmal im Jahr so intensiv scheint, dass man einen Sonnenschirm benötigt, dann ist eine solche Richtlinie überflüssig.

Meine Damen und Herren, hier in Heidelberg, im schönen Badischen, verhält es sich vielleicht wieder anders. Hier scheint die Sonne öfter. Aber Sie können die Gründung eines Biergartens leider schon damit verhindern, dass Sie den Kauf von so vielen Sonnenschirmen fordern, dass der Unternehmensgründer für die dafür erforderliche Summe keinen Kredit bekommt. Deshalb muss das subsidiär geregelt werden und nicht einheitlich in Europa von Irland bis Spanien.

Ohne Zweifel ist die gemeinsame Währung, so wie wir sie in Europa haben, eine gute Sache. Wir dürfen aber genau deshalb nicht zulassen, dass die Glaubwürdigkeit dieser gemeinsamen Währung unterminiert wird. Wir dürfen auch nicht am Stabilitätspakt rütteln,

nur weil ein Land seinen Haushalt nicht in Ordnung gebracht hat, weil Geld vergeudet und Wachstum nicht gefördert wird.

Meine Damen und Herren, in einem gemeinsamen Markt muss auch die Kraft aufgebracht werden, die Grenzen dieses Marktes zu benennen. Es ist ganz einfach: Länder, die aufgenommen werden wollen, müssen die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Wir werden sehr genau hinsehen, ob Bulgarien und Rumänien diese Kriterien erfüllen oder nicht.

Wir haben gleichzeitig immer darauf hingewiesen, dass es neben der Beitrittsfähigkeit eines Landes auch um das Kopenhagener Kriterium der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union geht. Das gilt auch mit Blick auf die Türkei. Vor diesem Hintergrund ist unser Angebot der privilegierten Partnerschaft statt Vollmitgliedschaft zu sehen. Ich bin der Überzeugung, das ist richtig.

Europa wird die Menschen nur überzeugen, wenn sie den Eindruck haben, dass wir aus gleichen Wertgrundlagen heraus agieren. Deshalb haben wir uns bei den Verhandlungen über den Verfassungsvertrag auch sehr dafür eingesetzt, deutlich zu machen, aus welchen Quellen heraus sich unser politisches Handeln speist - und damit bin ich wieder bei der Ausgangsfrage unserer Debatte hier.

Natürlich hätten wir uns an dieser Stelle genau das gewünscht, was auch bei uns im Grundgesetz steht: „aus Verantwortung vor den Menschen“ und „aus Verantwortung vor Gott“. Aus unserem christlichen Erbe heraus gestalten wir in Europa Politik, und wer sich nicht dazu bekennt, dass Europa von den christlichen Wurzeln stark - nicht ausschließlich -, aber stark geprägt ist, der beschneidet doch unnötig seine eigenen Wurzeln. Deshalb denken wir, auch um den Menschen außerhalb Europas zu erklären, was uns zusammenhält, dass es eben nicht reicht, nur einen Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung zu haben. Es ist vielmehr notwendig zu bekennen: Unser Kontinent ist ganz wesentlich von christlichen Wurzeln geprägt.

Vorhin habe ich über den Religionsunterricht gesprochen. Dasselbe gilt auch für die Familie. Die Familie ist die Grundeinheit unserer Gesellschaft, denn keiner kann besser und intensiver Werte vermitteln als die Familie. Deshalb ist es auf der einen Seite zwar die Aufgabe des Staates, die Erziehungskraft der Familien zu stärken, auf der anderen Seite

aber niemals, die Erziehungskraft der Familie zu ersetzen. Das ist ein wichtiger Unterschied, den wir benennen müssen. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Familien ihre Aufgabe auch leben können. Es ist nämlich heute oft gar nicht so einfach, Kinder zu erziehen. Es ist nicht einfach, Werte, Maßstäbe und Grenzen zu setzen. Dazu muss die Erziehungskraft der Familie wieder gestärkt werden, ohne dass der Staat versuchen sollte, die Familie zu ersetzen.

Ob wir über Familien sprechen, über Bildung, über Kommunalpolitik oder ob wir über notwendige Reformen sprechen: Immer werden wir auf der Basis unseres Verständnisses vom Menschen heraus zu entscheiden haben, aus unseren Werten und aus unseren Maßstäben. Dabei ist es keineswegs so, dass die Globalisierung eine fremde, gleichsam außerirdische Macht ist, die uns jeden politischen Gestaltungsspielraum raubt. Schauen Sie sich nur die Pisa-Studie an. Nach zehn Jahren Deutscher Einheit lagen Sachsen und Thüringen auf den Plätzen drei und vier, Brandenburg lag auf dem 15. Platz. Brandenburg ist damals von Nordrhein-Westfalen beraten worden, Sachsen und Thüringen sind eigene Wege gegangen beziehungsweise haben Rat aus Bayern und Baden-Württemberg erhalten. Bis zum Jahr 1989 hatten alle das gleiche Schulsystem, die gleiche sozialistische Polytechnische Oberschule. Und der Brandenburger ist selbstverständlich - ich bin ja dort aufgewachsen - nicht dümmer als der Sachse, was zwar nicht alle Sachsen glauben, aber wovon alle Brandenburger- zu Recht - überzeugt sind. Meine Damen und Herren, weil das so ist, hatten wir 1989 die gleiche Ausgangsbasis, und zwölf Jahre später hat der Sachse so viel mehr Punkte bei der Pisa-Studie, dass der Brandenburger noch nach dem 13. Schuljahr ein ganzes Jahr in der Schule verbringen müsste, um die gleiche Punktzahl zu bekommen.

Und jetzt soll noch einer sagen, Politik kann nichts gestalten. Sie kann etwas gestalten. Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser, und deshalb muss die Union auch im Bund wieder regieren! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.